



**BPE-VIDEO GIBT TIEFEN EINBLICK IN TOTALITÄRE
GEDANKENWELT DES KORANS**

Der Faschismus im Politischen Islam

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Auch wenn momentan das Corona-Thema alles andere überlagert, dürfen wir nicht das grundsätzliche Problem aus den Augen verlieren, das uns mittel- bis langfristig die Grundlage für unsere freie Art zu leben, unsere demokratische Gesellschaft und unser gesamtes Wertefundament komplett entziehen wird: Der Politische Islam, der größte Bestandteil des Gesamtkonstruktes Islam, der kompromisslos einen Scharia-Staat mit konsequenter Unterwerfung aller Nicht-Moslems anstrebt. Wenn es nicht gelingt, diese totalitäre Ideologie zu entschärfen und im besten Fall per Strafgesetzbuch zu verbieten, wie es bereits die österreichische Regierung anstrebt, dann ist der Untergang Europas als freier demokratischer Kontinent aufgrund der demographischen Entwicklung vorprogrammiert.

Immer mehr Politiker und Medienvertreter erkennen die Brisanz des Themas. So fordert beispielsweise die hessische Europa-Ministerin Lucia Puttrich eine neue europäische Strategie im Umgang mit dem Politischen Islam, da diese Herausforderung ganz Europa betreffe. Mögliche Anknüpfungspunkte sehe sie in

Frankreich und Österreich, wie das Domradio am Montag berichtete.

In Deutschland sind wir leider noch nicht so weit. Zwar hat die CSU bereits am 4.11.2016 ihren Leitartikel zum Politischen Islam verfasst, in dem sie dessen Gefährlichkeit zwar auf 16 Seiten umfassend beschreibt, aber bisher noch nicht in politische Maßnahmen umgesetzt hat. Die AfD bringt das Thema immer wieder in den Parlamenten, wird aber entweder ignoriert, ausgegrenzt oder bekämpft. Daher gilt es, seitens der Freien Medien, der Bürgerbewegungen und aller informierter Bürger zusätzlichen umfassenden Druck auf die etablierten Parteien, Mainstream-Medien, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen auszuüben, damit diese existentielle Bedrohung endlich umfassend erkannt, thematisiert und der Lösung zugeführt wird.

Hierzu müssen wirklich modern eingestellte, kritikbereite und modernisierungswillige Moslems wie Ahmad Mansour, Hamed Abdel-Samad, Abdel-Hakim Ourghi, Seyran Ates oder Necla Kelek den Rücken gestärkt bekommen. Leider zieht es die derzeitige Regierung vor, immer noch mit den streng konservativen Verbänden und Organisationen zusammenzuarbeiten, die den politischen Islam vertreten, weswegen Hamed Abdel-Samad auch im vergangenen November aus Protest die Islamkonferenz verlassen hat.

Es ist ein unfassbarer Skandal, dass ein umtriebiger Funktionär des Politischen Islams wie Imam Bajrambejamin Idriz vom Bundespräsidenten Steinmeier und Bayerischen Innenminister Herrmann hofiert und auch noch als Beispiel für „Offenheit“ hingestellt wird. Dies zeigt, wie grundlegend falsch die Politik der derzeitigen verantwortlichen Politiker im Umgang mit diesem existentiellen Problem ist.

Aufklärung ist enorm wichtig. Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) hat in der 26. Folge ihrer Videoreihe „Islam kompakt“ den Faschismus im Politischen Islam dokumentiert und damit einen tiefen Einblick in die totalitäre Gedankenwelt des

Korans geliefert (*Video oben*). Im zweiten Teil, in dem dessen Merkmale aufgezeigt werden, sind Aussagen von bekannten Islamkritikern wie Hamed Abdel-Samad, Mina Ahadi, Ayaan Hirsi-Ali und Imad Karim zu sehen, die alle den Politischen Islam als faschistische Ideologie beurteilen:

Im dritten Teil ist der Pakt des Politischen Islams mit dem National-Sozialismus dargestellt. Dieser Pakt zeigt auf, wie viel Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ideologien bestehen, was deren hochrangige Funktionäre wie Großmufti Mohammed Amin A-Husseini, Heinrich Himmler und Adolf Hitler mit vielen Aussagen bestätigten:

Dieser Großmufti, der auch noch SS-Gruppenführer war, moslemische SS-Divisionen wie die Handschar mit über 25.000 freiwilligen Moslems gründete, bis an sein Lebensende 1974 Hitlers Niederlage bedauerte und die Vernichtung Israels als großes Ziel verfolgte, wurde selbst nach dem 2. Weltkrieg in der islamischen Welt wie ein Held verehrt. Al-Husseini war Verwandter, Lehrer und Förderer von Jassir Arafat, dem späteren Führer der PLO, der sein großes Vorbild noch 2002 in einem Interview als „unseren Helden“ bezeichnete. Der Mufti habe 1948 gegen Israel gekämpft, „und ich war einer seiner Soldaten“. Diesem Selbstverständnis gemäß behielt Arafat das Ziel eines judenfreien Gesamtpalästinas bei.

Der Vorsitzende der PLO, führende Politiker der Fatah und Präsident des Staates Palästina, Mahmud Abbas, pries al-Husseini 2013 zum Jahrestag der Fatah-Gründung als „unseren Vorkämpfer“. Am 4. Januar 2013, dem 48. Jahrestag der ersten Angriffe der Fatah auf Israelis im Gazastreifen im Jahre 1965, lobte Abbas zahlreiche moslemische Attentäter als „Märtyrer und Helden“ und stellte ihnen den Mufti als „Pionier“ voran. Am 4. Juli 2019 erinnerte Mahmoud Al-Habbash, ein Scharia-Richter und Berater von Abbas für die Palästinensische Autonomiebehörde, an al-Husseinis Todestag und pries den Mufti

als „Rollenvorbild“ der Palästinenser.

Al-Husseini, Arafat, Abbas und Al-Habbash sind allesamt knallharte Funktionäre des Politischen Islams. Ihre geistigen Brüder sitzen in vielen Organisationen und Verbänden in Deutschland. Nur, wer glaubhaft für das Verbot aller politischen Bestandteile des Islams eintritt, kann als glaubhaft und vertrauenswürdig eingestuft werden. Alle anderen sind potentielle Feinde unserer demokratischen Gesellschaft.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUB. Oder bei Patreon.



Dschihad-Aufrufe künftig nur noch auf Deutsch

Von MANFRED ROUHS | Bundesinnenminister Horst Seehofer denkt, er habe alles im Griff. Vor allem den Islam in Deutschland – nicht nur, aber auch dank der Islamkonferenz, die in diesen Tagen in Berlin – wenn auch ohne kritische Teilnehmer wie Hamed Abdel-Samad – wieder zur Aussprache tagt. Coronakonform als Videokonferenz, versteht sich. Dabei lässt sich Seehofer „durch Terrorismus und Extremismus nicht aus der Bahn bringen“, wie uns die „Süddeutsche Zeitung“ wissen lässt.

Einen Lichtblick hat er in Osnabrück entdeckt, wo an einem von seinem Ministerium finanziell geförderten Kolleg ab April 2021 jährlich 20 bis 30 Imame ausgebildet werden sollen. Seehofer spricht von „gut angelegtem Geld für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Das ist so ähnlich wie mit dem Weihnachtsmann: Man muss ganz fest daran glauben, sonst kommt er nicht!

Möglicherweise wird das Innenministerium auch für die Wirkungsstätten dieser angehenden muslimischen Geistlichen in Vorkasse treten müssen, denn sie sollen in deutscher Sprache predigen. Die meisten Gläubigen bevorzugen allerdings Türkisch oder Arabisch. Und alle in Deutschland tätigen islamischen Gemeinden sind in Dachverbänden wie beispielsweise DITIB oder Milli Görüs organisiert und mit kenntnisreichen, gut ausgebildeten Imamen bestens versorgt. Da wird es schwer fallen, eine Lücke zu finden.

Mehr Islam. Mehr Imame. Und alle predigen auf Deutsch. Das ist Seehofers Konzept, um den muselmanischen Extremismus raus zu bekommen aus den Köpfen der Gläubigen. Wichtig sei, „dass wir Glaubenslehrer in unserem Land haben, die in Deutschland sozialisiert sind, die unsere Sprache sprechen und unsere Werte, also unser Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, teilen“, sekundiert Matthias Middelberg, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Bundesregierung wünscht sich also einen deutschen, demokratischen, rechtsstaatlichen Islam, der die Meinungsfreiheit achtet, womöglich sogar diejenige von Christen, Atheisten und Juden. Aus welchem Buch sollen dann die Imame dieser Religion vorlesen? Wirklich aus dem Koran? – Da werden sie die von ihnen rezitierten Suren aber sehr sorgfältig aussuchen müssen.

Ich persönlich bleibe relativ realistisch und glaube dann doch lieber an den Weihnachtsmann!



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Der erneute Raub der Hagia Sophia ist praktizierter Dschihad

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 10. Juli 2020 wurde die früher christliche Kirche Hagia Sophia wieder in eine Moschee verwandelt. Auf Anordnung des türkischen Staatspräsidenten Erdogan und mit Zustimmung der Regierungsparteien sowie des Obersten Verwaltungsgerichts. Dies ist der zweite Raub einer der bedeutendsten Kirchen des Christentums nach der islamischen Eroberung Konstantinopels durch die osmanischen Kriegsheere im Jahre 1453.

Damals haben die moslemischen Eroberer rings um die Hagia Sophia einfach vier Minarette gesetzt und die prächtige Kirche damit zur Moschee erklärt. Davor war sie fast eintausend Jahre lang die Krönungskirche der byzantinischen Kaiser und der Inbegriff von Ostrom als Hüter des orthodoxen Christentums.

Der moderne Staatsgründer der Türkei, Mustafa Kemal Pascha, genannt „Atatürk“, hatte 1934 die Hagia Sophia in ein Museum umbauen lassen, um dem Christentum ein versöhnliches Zeichen zu geben und den laizistischen Charakter der im Jahre 1923 gegründeten Türkei zu unterstreichen.

Atatürk war bekanntlich dem Islam gegenüber sehr distanziert eingestellt. Er schaffte das Kalifat und die islamische Zeitrechnung ab, verbot die osmanische Kopfbedeckung für

Männer, den Fes, anschließend auch das Kopftuch für Frauen, verschaffte ihnen das Wahlrecht, ersetzte die arabische Schrift durch die lateinische und übernahm vieles aus europäischen Rechtssystemen. So schaffte er beispielsweise die Polygamie ab und führte die Gleichstellung der Frau ein.

Der französische Journalist, Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin schreibt Atatürk folgendes Zitat zu:

„Der Islam ist die absurde Gotteslehre eines unmoralischen Beduinen und vergiftet unser Leben.“

Die Modernisierungsmaßnahmen von Atatürk werden durch den fundamental-islamisch eingestellten Moslem Recep Tayyip Erdogan wieder zurückgenommen.

Die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee ist für den christlichen Westen ein Schlag ins Gesicht. Der Focus bezeichnet es sogar als „kulturelle Kriegserklärung an den Westen“ und eine „demonstrative Erniedrigung“:

Schließlich ist diese von 532 bis 537 n.Chr. erbaute prachtvolle Kirche nicht nur eine architektonische Meisterleistung und mit ihrer einzigartigen Ziegelkuppel eines der bedeutendsten Bauwerke der Geschichte, sondern stellte auch für ein knappes Jahrtausend das spirituelle Zentrum der christlichen Orthodoxie dar.

Bei der ersten moslemischen Predigt nach dem erneuten Raub am Freitag, den 24. Juli 2020 bestieg das Oberhaupt der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Imam Ali Erbas, die Kanzel der Moschee mit einem Schwert in der Hand.

Ein solches Schwert hat im Islam eine besondere Bedeutung. Der Prophet Mohammed soll seinem Schwiegersohn Ali nach der Schlacht von Badr ein erbeutetes Schwert geschenkt haben. Das Schwert ist auch ein Bestandteil der Nationalflagge Saudi-Arabiens, dem Mutterland des Islams.

Im osmanischen Reich war das zweiklingige Schwert unter der Bezeichnung „Zülfikar“ ein bedeutendes Herrscher-Symbol und stellte ein wichtiges Element bei den Thronbesteigungsszeremonien dar. Auch heute tragen manche Moslems das Schwert an Halsketten mit der Inschrift:

„Ali ist der Freund Allahs. Es gibt keinen Helden außer Ali. Es gibt kein Schwert außer Zülfikar“

Während der islamischen Predigt wurden in der Hagia Sophia alle christlichen Symbole verhüllt. So hat man beispielsweise über ein Bildnis von Maria und Jesus weißen Stoff gehängt. Auch damit drücken diese Moslems ihre ideologiebedingte Feindschaft zum Christentum aus. Es ist zu befürchten, dass alle christlichen Statuen, Mosaik und Bilder auf Dauer entfernt und zerstört werden.

Nach der Predigt stellte sich Erdogan betend an das Grab des Eroberers von Konstantinopel, das sich wie zur Verhöhnung des Christentums in der Hagia Sophia befindet. Sultan Mehmet II, genannt „der Eroberer“, türkisch „Fatih“, hatte Konstantinopel nach seinem kriegerischen Sieg plündern lassen, wobei viele Christen ermordet wurden, auch in der Hagia Sophia.

In Deutschland sind über 50 DITIB-Moscheen nach diesem Fatih benannt. Kein Zweifel, dass damit die Eroberungstradition der moslemischen Osmanen fortgeführt werden soll, die das christliche Byzanz eliminierten. Erdogan spricht nun im Zuge der Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee folgerichtig von einer islamischen „Auferstehung“.

Regierungsnahe türkische Zeitungen schrieben am Tag danach von der „Wiederauferstehung der Hagia Sophia“, die der „Vorbote zur Befreiung der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem“ sei. Moslems würden die „Phase des Interregnums“ verlassen. Die Türkei würde aus der „Tyrannei der Kreuzfahrer gerettet“, „Die Ketten wurden gesprengt, Allah sei es gedankt.“

Das bedeutet das Streben nach der Herrschaft über Jerusalem und der Wiederbelebung des Osmanischen Reiches, was auch die Eroberung weiterer Teile Europas bedeuten würde. Selbst die Süddeutsche Zeitung nennt dies eine „Kampfansage“.

Die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee zeugt vom zeitlos gültigen weltweiten Eroberungs- und Herrschaftsanspruch des Islams gegenüber allen anderen Religionen und Kulturen. Erdogan fühlt sich hier wie alle gläubigen Moslems dem Koran verpflichtet, dem heiligen und zeitlos gültigen Befehlsbuch des Islams, in dem die Welteroberung und die alleinige Herrschaft des Islams festgeschrieben ist:

„Er ist es, Der Seinen Gesandten mit der Leitung und der Religion der Wahrheit entsandt hat, um sie über jeden anderen Glauben siegreich zu machen.“ (Sure 48 Vers 28)

„Und kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt.“ (Sure 8 Vers 39)

„Allah gehört der Osten und der Westen; wohin ihr euch auch immer wendet, dort ist Allahs Angesicht. Allah ist Allumfassend und Allwissend.“ (Sure 2 Vers 115)

Die geschichts- und symbolträchtige Hagia Sophia-Kirche stammt aus einer Zeit vor der Existenz des Islams und wurde aus Sicht der islamischen Lehre von Feindeshand erbaut. Die Umwandlung in eine Moschee ist konsequent praktizierter Djiihad. Sie stellt einen dreisten Raub dar, der ebenfalls durch den Koran legitimiert ist. Dort gibt es eine ganze Sure mit dem Titel „Die Beute“ und viele Verse, die das Berauben der Ungläubigen beschreiben:

„Allah hat euch versprochen, daß ihr viel Beute machen werdet. So hat Er euch diese schnell gewährt und die Hände der Menschen von euch zurückgehalten, und dies, damit es ein Zeichen für die Gläubigen sei und Er euch einen geraden Weg

leite.“ (Sure 48, Vers 20)

So ist aus der Sicht des Islam die Beraubung der Ungläubigen legitim. Mit dem erneuten Raub der Hagia Sophia versuchen Erdogan, seine Regierungskoalition und Millionen von fundamentalen türkischen Moslems die Erinnerung an das große christliche Erbe der Türkei auszulöschen. Damit verhöhnen sie auch die eigene Geschichte und verraten die laizistischen Ideale des Staatsgründers Atatürk.

Die Zustimmung für dieses Vorgehen ist sowohl in der Türkei als auch unter den in Deutschland lebenden Türken groß. So gibt es keinen Aufschrei in der türkischen Bevölkerung gegen diese Umwandlung der Hagia Sophia von einem Museum in eine Moschee. Und das in einem Land, das Mitglied der EU in einem christlich geprägten und auf christlichen Werten fundierenden Europa werden will.

63% der in Deutschland lebenden Türken mit türkischem Pass, die zur Wahl gegangen sind, haben sich für Erdogan entschieden. Ein überwiegender Teil dieser Türken dürfte dem Raub der Hagia Sophia sicher zustimmen.

Der den Politischen Islam vertretende, in Deutschland knapp 1000 Moscheen betreibende Islamverband DITIB untersteht direkt der türkischen Religionsbehörde Diyanet, über die die christenfeindliche und eroberungslüsterne Politik Erdogans ihren direkten Weg in die DITIB-Moscheen findet. So wurden in einigen DITIB-Moscheen mitten in Deutschland Kinder und Jugendliche als Soldaten verkleidet und zu Märtyrern glorifiziert, die im Dihad gegen die „Ungläubigen“ sterben. Diese DITIB ist groteskerweise Vertrags-Partner der deutschen Politik, beispielsweise bei der Deutschen Islamkonferenz, bei der Besetzung von Rundfunkgremien, bei der Gestaltung von Islamischem Religionsunterricht und bei Staatsverträgen.

Christliche Kirchen sind entweder so naiv, so unwissend oder so dämlich, mit der DITIB sogenannte „Dialog“-Veranstaltungen

über „Demokratie“, „Toleranz“, „Vielfalt“, „Integration“ und „Extremismusbekämpfung“ zu gestalten. Während DITIB-Vertreter dort heucheln, täuschen und lügen, praktizieren sie mit dem Politischen Islam und der Politik Erdogans das genaue Gegenteil.

Erdogan scheint sich in der Tradition osmanischer Sultane zu sehen und strebt schon seit Jahren eine Weltmachtstellung der Türkei an. So lud er im Februar 2010 türkischstämmige Politiker aus ganz Europa zu einem „Weltkongress“ nach Istanbul, um sie auf seine Politik einzuschwören. Und die scheint auf die Errichtung eines neuen Osmanischen Reiches ausgerichtet zu sein. Erdogan stand hierbei auf einer Bühne vor einer großen Weltkarte, in die ein überdimensionaler Baum mit der türkischen Landesflagge hineingewachsen ist. Erdogan, der vor dieser Versammlung von Auslandstürken aus ganz Europa „unser Premierminister“ genannt wurde, sagte wörtlich:

„Wir sind nun die Weltmacht Türkei. Das sollte jeder wissen. Die Türkei ist kein Land mehr, dessen Tagesordnung von außen bestimmt wird, sondern ein Land, das in der Welt die Tagesordnung bestimmt.“

Außerdem flößte er den gut 1500 anwesenden Politikern ein:

„Wir müssen die europäische Kultur mit der türkischen impfen.“

Damit ist die Islamisierung gemeint. Über die DITIB wird diese „Impfung“ vollzogen. Während in der Türkei Kirchen in Moscheen umgewandelt und Christen systematisch unterdrückt werden, baut die DITIB hierzulande eine Moschee nach der anderen, was von deutschen Politikern, Kirchenvertretern und Journalisten geradezu bejubelt wird. Dabei handelt es sich um den Eroberungszug des Politischen Islams, den Erdogan verinnerlicht hat. Er gab die Parole bereits im Jahr 1998 aus:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Erdogan ist seit seiner Jugend, in der er den Spitznamen „Koran-Nachtigall“ erhielt und ein Fachabitur für Imame abschloss, ein zutiefst überzeugter fundamentaler Moslem, für den es keine Trennung von Staat und Religion gibt. Für ihn zählt nur der Scharia-Staat:

„Gott sei Dank sind wir Anhänger der Scharia. Unser Ziel ist der islamische Staat“

Eine Online-Petition, die den Abbruch der EU-Verhandlungen über den Beitritt der Türkei und scharfe Sanktionen fordert, hat bereits über 10.000 Unterzeichner.

Der Politische Islam ist die größte Gefahr für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Wenn dies nicht unverzüglich von der etablierten Politik erkannt wird, dann drohen Deutschland gewaltige Verwerfungen. Die Ausschreitungen von Frankfurt und Stuttgart stellen hierbei erst einen vergleichsweise harmlosen Auftakt dar.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.



Ex-ARD-Journalist Wagner fordert Eindämmung des Politischen Islams

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Jurist, Kriminologe und Journalist Joachim Wagner war früher u.a. stellvertretender Chefredakteur im ARD-Hauptstadtstudio. Seit seiner Pensionierung schreibt er kritische Bücher über den Islam („Richter ohne Gesetz – Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat“) und seinen negativen Einfluss auf die Integration („Die Macht der Moschee: Scheitert die Integration am Islam?“). Zum Buch „Der Politische Islam gehört nicht zu Deutschland“ lieferte er den Aufsatz „Das wachsende Unbehagen

am islamischen Religionsunterricht“. In der WeLT erschien am Freitag sein Artikel „Wir müssen den politischen Islam in die Schranken weisen“. Darin prangert er die Orientierungslosigkeit unserer Gesellschaft und Politik im Umgang mit dem politischen Islam an, dessen Sprachrohr der konservative Verbandsislam sei.

Den Politischen Islam bezeichnet Wagner allerdings als „Strömung des Islam“, was wohl ein Zugeständnis an die derzeit vorherrschende Mainstream-Meinung ist. Schließlich hat auch die CSU, die darauf verweist, sich als „erste Partei in Deutschland“ mit dem „Gesamtphänomen des Politischen Islams“ auseinanderzusetzen, in ihrem Leitantrag dazu für ihren Parteitag im November 2016 dargelegt, dass jener „gesondert von der Religion Islam“ zu betrachten sei. Es wäre „grundfalsch“, den Islam „reflexartig mit dem Politischen Islam zu identifizieren oder gleichzusetzen“. Die „trennscharfe Unterscheidung“ von beidem würde der „Islamfeindlichkeit vorbeugen“ und verhindere eine „pauschale Verunglimpfung der Religion und ihrer Anhänger“. Die „Bekämpfung des Politischen Islam“ sollte „im ureigenen Interesse“ des Islam und der in Deutschland lebenden Muslime sein.

Diese Bewertung der CSU ist historisch und faktisch falsch. Vielmehr ist der Politische Islam ein integraler Bestandteil des Gesamtkonstruktes, seit es von Mohammed im 7. Jahrhundert festgelegt wurde. Der Religionsbegründer war gleichzeitig weltlicher Herrscher, politischer Anführer, Gesetzgeber und Kriegsherr. Dadurch war im Islam von Anfang an Staat und Religion untrennbar miteinander verbunden, was bis heute gilt. Anschauungsmaterial liefern die 57 islamischen Staaten.

Aus seiner falschen Grundannahme heraus schreibt Wagner, dass der Politische Islam aus der Religion einen Herrschaftsanspruch für die gesamte Gesellschaft „ableite“ und damit ein Gegenentwurf zum säkularen demokratischen Rechtsstaat sei.

Dies ist aber, wie bereits dargelegt, vielmehr das Grundprinzip des Gesamtkonstruktes. Es muss nun darum gehen, diesen Politischen Islam als unzulässigen Bestandteil der gesamten Religion zu identifizieren und ihn letztlich zu verbieten. Denn eine Religion hat keine Gesetze zu erlassen, nicht das Zusammenleben der Menschen zu bestimmen und nicht Gewalt, Kampf und Krieg zu fordern. Wagner stellt einige Beispiele dar, wie sich erste Politiker der etablierten Parteien bereits ansatzweise kritisch dem Thema annähern:

Als bekannt wurde, dass in Moscheen der Ditib, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görus (IGMG) und der national-konservativen ATIB für den Sieg der Türkei in Nordsyrien gebetet worden war, forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries, Ditib, IGMG und den Zentralrat der Muslime aus der Deutschen Islamkonferenz auszuschließen, „wenn die Einheit zwischen ihm und dem türkischen Staat nicht beendet wird“. De Vries sagt: „In Gotteshäuser gehören Gebete für den Frieden, nicht aber Kriegs- und Heldenverehrung.“

Seitdem Erdogan die Türkei immer stärker in eine islamisch geprägte Präsidialdiktatur umwandelt und sein Einfluss auf die türkischen Islamverbände in Deutschland immer sichtbarer wird, hat sich im bisher komplett naiven Umgang der Politik hierzulande einiges geändert, wie auch Wagner feststellt:

Während Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz die Zusammenarbeit mit der Ditib beim islamischen Religionsunterricht entweder vorübergehend ausgesetzt oder auf den Prüfstand gestellt haben, scheint die Stellung des Verbandes in den sogenannten konfessorischen Beiräten der Zentren für islamische Theologie unangefochten.

Auch schiitische Verbände wie das Islamischen Zentrum Hamburg (IZH), das maßgeblich vom Iran gesteuert sei, würden nun immer stärker ins Visier von Teilen der etablierten Politik geraten. Allerdings hält die SPD noch viel zu oft ihre schützende Hand

davor:

In Hamburg verlangen Grüne und CDU vom rot-grünen Senat seit Jahren vergeblich, die Zusammenarbeit mit dem vom Hamburger Verfassungsschutz beobachteten Islamischen Zentrum (IZH) im „Rat der islamischen Gemeinschaften“ (Schura) beim „Religionsunterricht für alle“ zu beenden.

Wagner fordert, dass die Freiräume für konservative Islamverbände eingeschränkt werden müssen, wenn sie über Beiräte beim bekenntnisgebundenen islamischen Religionsunterricht und den Zentren für islamische Theologie mitwirken. Es gelte „vier Grenzpflocke“ einzuschlagen, die eine Zusammenarbeit ausschließen würden: die Abhängigkeit von Herkunftsstaaten, der Antisemitismus, die Nichtachtung des Grundgesetzes und die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Aufgrund dieser Grundsätze sollte auch die Kooperation mit den Beiräten in den Zentren für islamische Theologie in Münster, Tübingen und Osnabrück überprüft werden. Diese Beiräte seien Bastionen des politischen Islam, weil die konservativen Verbände dort die Mehrheit haben würden.

Dieser Artikel von Joachim Wagner in der WeLT beschreibt die ersten vorsichtigen Ansätze, dem unheilvollen Treiben des Politischen Islams in Deutschland etwas entgegenzusetzen. Interessant ist auch der Kommentarbereich mit bisher 110 zumeist guten Beiträgen.

Dies geht ganz offensichtlich nur Stück für Stück in kleinen Schritten. Daher muss die Aufklärung über die existentielle Bedrohung durch diese brandgefährliche Ideologie mit Nachdruck auf alle Ebenen gebracht werden. Um dadurch eine umfassende kritische Diskussion auszulösen, die letztlich zur fundamentalen Problemlösung führt: dem Verbot des Politischen Islams.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUBH. Oder bei Patreon.



Die Islamisierung Deutschlands – Nun ist sie halt da!

Von STEFAN SCHUBERT | Horst Seehofer eröffnete im November 2018 die vierte Deutsche Islamkonferenz mit der Ankündigung, dass der Islam in Deutschland zu fördern sei, der in der Gesellschaft verwurzelt die Werte des Grundgesetzes teile und »unser Land achte«. Diese Ankündigung verwirrt doch sehr, da die vereinigte Mainstreamfront seit Jahren eine stattfindende Islamisierung Deutschlands, als eine »krude, rechte Verschwörungstheorie« diffamiert hat. Nun gesteht man sich die Islamisierung nicht nur ein, sondern verkündet diese noch als Staatsziel der Bundesregierung, die es zu fördern gilt.

Vom Mainstream wird die Sichtweise verbreitet, der Islam sei demokratiekompatibel und gehöre neuerdings zu Deutschland. Jede davon abweichende Meinung wird bekämpft. Dem Überbringer einer solchen »politisch inkorrekten« Botschaft droht neben der gesellschaftlichen Ausgrenzung nicht selten die wirtschaftliche Vernichtung seiner Existenz. Wer sich diesem Meinungsdictat widersetzt, wie Thilo Sarrazin oder der verstorbene Udo Ulfkotte, den geben die medial-politischen Eliten dieses Landes zum Abschuss frei. So enden dann die #MeToo-Bewegung und der Kampf für Frauenrechte durch (linke) Feministinnen auch genau dort, wo die Unterdrückung der Frau durch den muslimischen Mann beginnt: Kopftuchzwang, Züchtigung und Gewalt gegenüber der Ehefrau, sexueller Missbrauch und Arbeitsverbote bis hin zum islamischen Ehrenmord. Fundamentale Kritik an diesen Verhaltensweisen, insbesondere innerhalb von muslimischen Parallelgesellschaften, ist von den Moralwächtern der Republik nicht zu vernehmen.

Fakten, die dieser realitätsfernen Ideologie widersprechen und sie als Utopie entlarven, werden von den herrschenden Medien und Politikern zu Tabuthemen deklariert. Dazu gehören Themen wie die überdurchschnittliche Ausländerkriminalität,

Extremismus, Integrationsverweigerung, Milliardenkosten für die Sozialkassen, kulturfremde und bildungsferne Einwanderung sowie eine epidemische Flüchtlingskriminalität. So sind in den BKA-Statistiken »Kriminalität im Kontext der Zuwanderung« lediglich in den Jahren 2015-2018 über eine Million Straftaten aufgeführt. Bei den Top 20 Herkunftsstaaten der Straftäter handelt es sich beinahe ausnahmslos um muslimische Staaten.

Trotz dieser alarmierenden Umstände wird der Islam vor jedweder fundamentalen Kritik geschützt. Selbst eine Selbstverständlichkeit wie die, dass islamischer Terrorismus notwendigerweise mit dem Islam zusammenhängt, wird bestritten. Im aktuellen Buch *Sicherheitsrisiko Islam* des Autors wird erstmalig enthüllt, dass der Generalbundesanwalt 2245 islamische Terrorverfahren in nur vier Jahren (2015-18) eröffnet hat.

Die Einheitsfront aus Altparteien und Mainstream-Medien weigert sich jedoch bis heute, über diese monströse Zahl zu berichten und zu debattieren. Keinerlei Kritik an diesen Zuständen sowie dem islamischen Hass auf Ungläubige und westliche Lebensgewohnheiten wird von diesen Protagonisten zugelassen. Der aus Tunesien stammende französische Schriftsteller Abdelwahab Meddeb nennt die wörtliche Interpretation des Koran und der Scharia »Die Krankheit des Islam«, und der türkischstämmige Autor Zafer Senocak veröffentlichte bereits 2007 in der *Welt* einen Artikel mit dem Titel *Der Terror kommt aus dem Herzen des Islam*. Dort schrieb er:

»Auch wenn die meisten Muslime es nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran. Er richtet sich gegen alle, die nicht nach den Regeln des Koran leben und handeln, also gegen Demokraten, abendländisch inspirierte Denker und Wissenschaftler, gegen Agnostiker und Atheisten. Und er richtet sich vor allem gegen Frauen ...«

Die Aussagen belegen, dass Gewaltakte gegen »Ungläubige« und islamische Terroranschläge keineswegs eine Fehlinterpretation

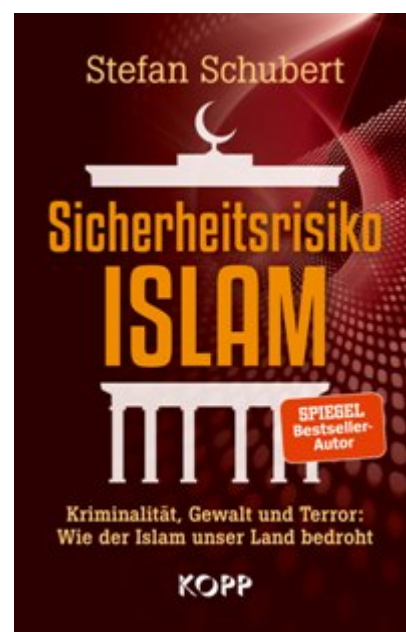
des Islam darstellen, sondern vom Koran gedeckt, ja an unzähligen Stellen sogar gefordert werden. Vor einem solchen Hintergrund ist die Aussage von höchsten deutschen Regierungsvertretern wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, dass der Islam zu Deutschland gehöre, nicht nur naiv und realitätsfern, sondern geradezu suizidal.

Meinungsfreiheit endet bei Islamkritik

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in islamischen Ländern stark eingeschränkt, und die Medien haben sich islamkonform zu verhalten. Wird diese Unterwerfung nicht eingehalten, drohen selbst im Westen Terroranschläge wie bei *Charlie Hebdo* oder den Mohammed-Karikaturisten. Eine breite öffentliche Verurteilung dieser Taten ist in der islamischen Welt kaum zu erkennen – im Gegenteil. Muslime bringen in den sozialen Netzwerken sogar offen ihre Zustimmung bezüglich Terroranschlägen zum Ausdruck.

47 Prozent der hier seit Jahrzehnten lebenden türkischstämmigen Einwanderer stimmen laut einer Emnid-Umfrage folgender These zu: »Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe.«

»Scharia statt Grundgesetz« lautet mithin die Forderung der Hälfte aller Türken in Deutschland, und jeder Dritte, der über 3 Millionen Türkischstämmigen im Land (32 Prozent) geht sogar so weit, seine islamisch-fundamentalistische Einstellung offen zuzugeben – mitsamt dem Wunsch, in den Steinzeit-Islamis zurückzukehren: »Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammed anstreben.«



Die Zahlen der weltweiten Umfrage des renommierten amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center sind genauso eindeutig. Für die Erhebung wurden mehrere Jahre lang 38 000 Interviews in achtzig Sprachen geführt. Nach Angaben der Studie streben 69 Prozent aller Muslime die Scharia als Rechtssystem an. Um eventuelle Unklarheiten zu beseitigen, seien hier noch einmal die Grundpfeiler einer »moderaten« Scharia-Auslegung genannt: keine Religionsfreiheit, keine Meinungsfreiheit, keine künstlerische Freiheit (siehe das Attentat auf *Charlie Hebdo*), keine Pressefreiheit, keine Demokratie, keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden) – und Nicht-Muslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse.

Angesichts der demografischen Bombe, die die rasant ansteigende muslimische Bevölkerungsgruppe im Land darstellt, ist ein konsequentes Gegensteuern dringend erforderlich. An dieser Stelle möchte sich der Autor den Schlussbemerkungen von Thilo Sarrazin im Buch *Feindliche Übernahme* vollumfänglich anschließen. Dort heißt es:

»Bei unveränderter demografischer Dynamik und unveränderter Einwanderung ist der Islam in Deutschland und Europa langfristig auf dem Weg zur Mehrheitsreligion. Muslime werden in zwei bis drei Generationen die Bevölkerungsmehrheit stellen, wenn es keinen Kurswechsel in der Einwanderungs- und Integrationspolitik gibt ... Deshalb muss man die Einwanderung von Muslimen grundsätzlich unterbinden und falsche Anreize im Sozialsystem beseitigen.«

Bestellinformationen:

» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

» Thilo Sarrazin: *Feindliche Übernahme*, 450 Seiten, 24,99 Euro – hier bestellen!



Österreich steht vor dem Verbot des politischen Islam

Von STEFAN SCHUBERT | Nach der Ibiza-Affäre, dessen Hintermänner und Geldgeber größtenteils noch immer im Dunkeln liegen, frohlockte der Mainstream bereits, dass er die Mitte-rechts-Regierung mit FPÖ-Beteiligung erlegt hätte. Doch Österreich ist nicht Deutschland, hier scheint es noch Politiker zu geben, die ihre politischen Taten nach Fakten ausrichten und sich nicht dem Applaus des linken Feuilletons anbieten. So schließt der ehemalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz eine neuerliche Regierungskoalition mit der freiheitlichen FPÖ explizit nicht aus.

Ein Schwerpunkt des Wahlprogramms der ÖVP wird auch die Islamdebatte in Deutschland neu entfachen, denn dieser Schwerpunkt wird geradezu sensationell ohne jegliche politische Korrektheit klar benannt, dieser liegt nämlich in der Bekämpfung und dem Verbot des politischen Islam.

Die Umfrageergebnisse zur 27. Nationalratswahl am 29. September 2019 geben seit Monaten ein ähnliches Bild ab: Demnach liegt die ÖVP bei 35 Prozent und mehr und die FPÖ bei beständigen 20 Prozent. Es deutet somit alles auf eine neuerliche stabile Mitte-rechts-Regierung in Österreich hin. Die ÖVP hat sich längst in Stellung für diese

Regierungskoalition gebracht und wichtige Forderungen der FPÖ bereits im Vorfeld der zu erwartenden Koalitionsgespräche übernommen. Das Wahlprogramm der ÖVP liest sich zudem in Teilen wie ein Auszug aus dem aktuellen Buch des Autors *Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht*. Denn die ÖVP tritt in ihrem Wahlprogramm für ein Verbot der Betätigung im Sinne des politischen Islam ein.

Radikale Muslimbruderschaft: In Österreich vor dem Verbot, in Deutschland vom Staat unterstützt

Laut österreichischem Verfassungsschutzbericht, der am 14. August vorgestellt wurde, fallen dort insbesondere salafistische Vereinigungen, Prediger sowie das gesamte Umfeld von terroristischen Organisationen wie des Islamischen Staates und al-Qaida darunter und nun wird es spannend: Auch die Muslimbruderschaft wird in Österreich eindeutig und vollkommen zu Recht dem politischen Islam zugerechnet. Während die Muslimbruderschaft und deren Moscheevereine in Österreich somit vor einem Verbot stehen, kann diese extrem einflussreiche und radikale Islam-Organisation in Deutschland jedoch vollkommen ungehindert agieren.

Erinnert sei an die Islamisten-Konferenz in der DITIB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld, dem in Beton gegossenen Herrschaftsanspruch des Islam. Die Kosten liegen bei rund 30 Millionen Euro, die Kuppel verfügt über einen Durchmesser von 25 Metern und die zwei Minarette strecken sich 55 Meter in die Höhe. Bis zu 1200 Muslime können dort gleichzeitig zu Allah beten. Diese Ausmaße sprengen jegliche normalen Dimensionen und können nur als ein offensiver Gebietsanspruch des organisierten politischen Islam in Deutschland gedeutet werden. Im Januar 2019 veranstaltete die türkische Regierung (!) in der Kölner DITIB Großmoschee eine Islamkonferenz, an der auch führende Funktionäre der Muslimbrüder (MB) teilnahmen oder aus Organisationen stammten, die den MB zugerechnet werden. Unter Erdogan ist der gesamte türkische Staatsapparat

dazu übergegangen die Muslimbruderschaft ganz offen zu unterstützen.

Regelmäßig formt Erdogan seine vier Finger zum »R4bia-Symbol« der radikal-islamischen Muslimbruderschaft. Und genau diese Muslimbruderschaft steht im Visier des Verfassungsschutzes, denn der MB wird vorgeworfen einen islamischen Gottesstaat in Deutschland errichten zu wollen. Wegen diesen Hintergründen kritisiert ein Sprecher des NRW-Innenministeriums, »dass die in der jüngeren Vergangenheit durch türkisch-nationalistische Aktivitäten in die Kritik geratene DITIB sich gegenüber der islamistischen Muslimbruderschaft nicht abgrenzt, sondern offensichtlich Beziehungen zu Personen aus diesem Spektrum pflegt«.

Der Inlandsgeheimdienst, zum Schutz der Verfassung, spricht eindeutig von einer Zusammenarbeit des Erdogan-Moscheenimperiums der DITIB mit der radikal-islamischen Muslimbruderschaft, an deren Ende die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in Deutschland stehen könnte. Trotz dieser bekannten alarmierenden Umstände gehen deutsche Politiker dagegen nicht vor, sondern im Gegenteil, sie schenken diesen Islamisten noch Grundstücke zum Bau weiterer »Islam-Kasernen« (laut Erdogan-Zitat über Moscheen).

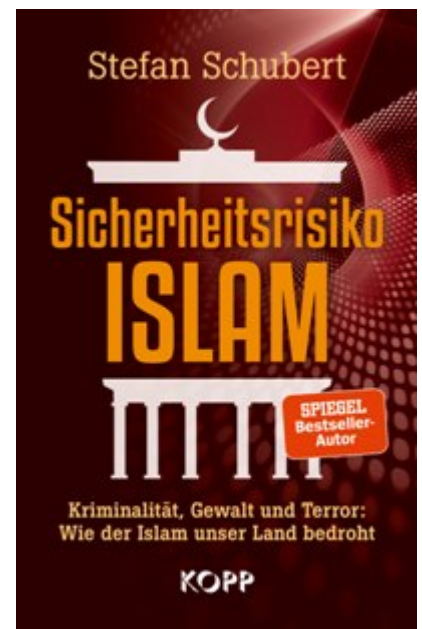
Die islamisch-motivierte Begehung von Verbrechen wird stärker betrifft

Ein weiterer entscheidender Punkt des ÖVP-Wahlprogramms liegt in der Schaffung zusätzlicher Bestimmungen im Strafgesetzbuch. Demnach soll eine »religiös-fundamentalistische« Motivation bei der Verbrechensbegehung als zusätzlicher Erschwerungsgrund bei der Strafzumessung verankert werden. Ein Beispiel: Wenn ein Muslim, bei einem Messermord »Allahu Akbar« brüllt oder in nachfolgenden Verhören seine Tat durch islamistische Ansichten zu begründen versucht, dann wird das in Österreich nach der Änderung zu einer erheblichen Straferhöhung führen. Die gleiche Tat ruft ja im deutschen Mainstream lediglich die

reflexartige Bagatellisierung der Mordtat als »Beziehungstat« oder zur Ferndiagnose des Täters als einen psychisch Kranken aus.

Die Debatte in Österreich und der Kampf gegen den radikalen, den politischen Islam ist nicht wie in Deutschland vom Wunschdenken linksgrüner Realitätsleugner getragen, sondern orientiert sich ausschließlich an Fakten und den Zuständen auf der Straße. Auch die voraussichtliche Aufnahme ins Regierungsprogramm einer islamisch-motivierten Verbrechensbegehung deckt sich 100 Prozent mit der These in *Sicherheitsrisiko Islam*.

Denn, für diese Muslime stellt der Islam weit mehr dar als eine Religion – wie etwa die evangelische oder die katholische Lehre. Menschen werden eingeteilt in höherwertige Muslime und minderwertigere »Ungläubige«, die es zu bekämpfen gilt, wodurch eine radikale Spaltung der Gesellschaft vollzogen wird. Dieser Hass auf Juden, Christen, »Ungläubige« und westliche Lebensgewohnheiten bildet den Nährboden für Terror, Gewalt und folglich Kriminalität. Wie weit sich eine islamisch motivierte Kriminalität bereits in Deutschland abzeichnet, wird im Buch ausführlich dokumentiert.



Der österreichische Wahlkampf und die zu erwartende neuerliche ÖVP-FPÖ-Regierung werden somit auch der Islam-Debatte in Deutschland neuerlichen Auftrieb beschere. In der Republik stellt sich einzig die AfD einer fundamentalen Islam-Debatte und Kritik. Durch das Regierungshandeln im Nachbarland, welches der Mainstream hierzulande mit der allgegenwärtigen Rassismusedenunziation zu verhindern versucht, wird somit das Islam-Appeasement von CDU/CSU, SPD und Grünen immer größeren Bevölkerungsgruppen deutlich werden. In Deutschland werden somit nicht nur die ostdeutschen Landtagswahlen und deren

Ergebnisse für einen polarisierenden Sommer sorgen, sondern diesem wird sich nahtlos ein heißer politischer Herbst anschließen, der durch Österreichs Neuwahlen und den Schwerpunkt des Verbots des politischen Islam geprägt sein werden.

Bestellmöglichkeit:

» Stefan Schubert – Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht, 318 Seiten, 22,99 Euro – hier bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei *KOPP Report* erschienen.



Islamisches Zentrum München fordert korankonform das Schlagen von Frauen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Auf der Internetseite des Islamischen Zentrums München wird das Schlagen von Frauen bei Widerspenstigkeit gefordert. Alles natürlich völlig islam- und korankonform, aber einige Münchner Stadträte zeigen sich nach einem Bericht des Bayerischen Rundfunks „entsetzt“. Vermutlich darüber, dass eine islamische Gemeinde ausnahmsweise mal offen

und ehrlich das ausspricht, was Standard in der islamischen Religionslehre ist.

Besonders heikel für alle Islam-Versteher ist die Tatsache, dass der seit Jahren als scheinbarer „Vorzeige-Imam“ dargestellte Bajrambejamin Idriz aus Penzberg dieses Islamzentrum als seine erste Anlaufstelle in Deutschland wählte. Ahmad al-Khalifa, Imam der Moschee in München-Freimann, half Idriz bei der Antragstellung zur Aufenthaltsgenehmigung und auch bei deren Verlängerung vier Jahre später. In der Wohnung dieses al-Khalifa und in seiner Moschee führte die Polizei im März 2009 eine Razzia wegen vermuteter Kontakte zum islamischen Terror durch.

Zudem wird dieses Islamzentrum wegen seiner Verbindung zur Muslimbruderschaft vom Verfassungsschutz beobachtet, da es nach dessen Auffassung der Islamischen Gemeinschaft Deutschland (IGD) als Hauptsitz dienen soll. Präsident der IGD ist Ibrahim el-Zayat, der in seiner Heimat Ägypten im April 2008 von einem Militärgericht wegen terroristischer Aktivitäten zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Dort wurde el-Zayat unter den 40 Angeklagten als die Nr. 4 der Muslimbruderschafts-Führer besonders herausgestellt.

In Deutschland gilt el-Zayat in Insiderkreisen als Chef der Muslimbrüder, was er mehrfach bestritt. Das glaubte ihm die Bundesregierung offenbar, denn 2007 war er auch Gast bei der Islamkonferenz des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble und saß prominent in der zweiten Reihe.

Die Islam-Kollaboration von CDU und CSU treibt noch bizarrere Blüten. All die brandgefährlichen Zusammenhänge hinderten beispielsweise den CSU-Politiker Peter Gauweiler im Januar 2015 nicht, in der Freimann Moschee neben Skandal-Imam al-Khalifa aufzutreten und „Allahu akbar“ zu rufen:

Einem hochrangigen Politiker wie Gauweiler kann man nicht Ahnungslosigkeit, Naivität oder Unwissen zugutehalten. Es

dürfte vielmehr knallhart kalkulierte Berechnung sein, dass er zwielichtige islamische Funktionäre so widerlich hofiert. Für mich war die Haltung der Münchner CSU, keine Islamkritik zu betreiben, da man ohne moslemische Wählerstimmen in Zukunft keine Wahlen mehr gewinnen werde, im Frühjahr 2010 der Grund für meinen Ausstieg aus dieser früher einmal konservativ-werteorientiert-patriotischen Partei.

Bereits im März 2009 hatte der damalige bayerische Landesvorsitzende der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE), Gerhard Lipp, in einem Leserbrief an den Münchner Merkur die Gefährlichkeit des Islamischen Zentrums München dargestellt:

„Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln derzeit gegen das von der Muslimbruderschaft betriebene Islamische Zentrum München in der Moschee in Freimann, das der Islamischen Gemeinschaft Deutschland (IGD) laut Verfassungsschutz als Hauptsitz dient. Präsident der IGD ist Ibrahim el-Zayat. Er gilt als ‚Herr der Moscheen‘ und soll auch für die Moschee in Penzberg Vermittlerdienste geleistet haben.

Imam Idriz von Penzberg will ein „Zentrum für Islam in Europa-München“ (ZIEM) in großem Stil realisieren. Politiker verschiedener Couleur – OB Ude, Grünen-Chef Hep Monatzeder und CSU- Stadtratsführer Josef Schmid befürworten das Projekt ZIEM. Im Moscheezentrum Penzberg vermutet das Bayerische Innenministerium jedoch Beziehungen zur verfassungsfeindlichen Milli Görüs, deren Führungsmitglied Sabiha el-Zayat die Ehefrau des IGD Präsidenten ist.

Zum Unterstützerkreis von Idriz zählen als Geldgeber Scheich al-Qassimi von Shardja, der schon die Penzberger Moschee finanzierte sowie der bosnische Großmufti Ceric. Ceric strebt eine einzige Muslim-Autorität in ganz Europa auf Basis der Scharia an und ist Mitglied in Yusuf Al-Qaradawis „Europäischen Rat für Islamische Rechtsgutachten und Forschung“. Al-Qaradawi spricht sich für palästinensische Attentäter aus. Seinem Fatwa-Rat gehört auch Scheich Quassimi

an.

Angesichts dieses Netzwerks überrascht es nicht, dass im Mai 2008 der Chef des „Council on American-Islamic Relations“ (CAIR) Nihad Awad in Penzberg zu einem Vortrag geladen war. CAIR wird von US Senatoren und vom FBI der Unterstützung von Hamas und andere Terrororganisationen verdächtigt. Wenn die Münchner Politiker zu einer „Studienreise“ unter Führung von Großmufti Ceric und Imam Idriz nach Sarajevo reisen, um dort den Islam kennenzulernen und das Projekt ZIEM zu fördern, kann dies bei kritischen Bürgern nur Unverständnis und Entsetzen erregen.“

All diese Fakten waren Islamkritikern bereits 2009 bekannt. Erst jetzt, zehn Jahre später, wurde der Bayerische Rundfunk durch die Aufforderung zum Frauenprügeln auf das Islamische Zentrum aufmerksam:

Im Falle einer in größeren Schwierigkeiten steckenden Ehe oder wenn die Partnerin „widerspenstig“ sei, beruft sich das Islamische Zentrum München (IZM) auf den Koran. Demnach sollte der Ehemann drei Schritte einhalten: Erstens: Ermahnung. Zweitens: Trennung im Ehebett. Und drittens: Schlagen. So wird es den Besuchern der Website der Münchner Gemeinde seit 15 Jahren vermittelt unter Punkt 10 „Frau und Familie im Islam“. Zur Einordnung heißt es, dass das Schlagen „eher einen symbolischen Charakter“ habe.

Die drei Schritte entsprechen exakt dem bekannten Prügelvers Sure 4 Vers 34 des Korans. Bis auf die „Einordnung“ mit dem „symbolischen“ Schlagen, das ist nirgends beschrieben. Es ist bezeichnend, dass der mehrfach nachgewiesene Lügner und dreiste Islam-Verharmloser Imam Idriz vor Kurzem ein neues Buch mit dem Titel „Der Koran und die Frauen“ veröffentlicht hat, in dem er allen Ernstes behauptet, dass das „Schlagen“ falsch übersetzt sei und lediglich „trennt Euch für eine Weile“ bedeute. In Evangelischen Gemeinden wird Idriz momentan

intensiv herumgereicht, um den Islam weiter entgegen der knallharten Fakten schönzufärben.

Man muss schon extrem schlichten Gemütes oder hoffnungslos naiv sein, wenn man diesem mohammedanischen Lügner, den auch Bayerns Innenminister Herrmann im Juli 2010 so bezeichnete, auch nur noch ein Wort über den Islam glaubt. Bereits im April 2010 hatte Idriz bei seinem Vortrag vor der Stadtversammlung der Grünen im Münchner Zunfthaus das Blaue vom Himmel über die Stellung der Frau im Islam heruntergeflunkert. Die grünen Traamtänzer hingen selig an seinen Lippen, bis ein Dutzend anwesende Islamkritiker den Taqiyya-Spezialisten faktisch auseinandernahmen, so dass er argumentativ nichts mehr vorbringen konnte.

Jetzt ist laut Bericht des BR immerhin etwas Unruhe im Münchner Stadtrat entstanden. Die etablierte Politik scheint also langsam hellhörig zu werden, denn das vom Islamischen Zentrum geforderte Frauenverprügeln überfordert das Toleranzverständnis der GutBesserMenschen dann wohl doch etwas:

Konfrontiert mit dem Eintrag über das Schlagen von Frauen auf der Internetseite des Islamischen Zentrums zeigen sich Münchner Stadträte entsetzt: SPD-Stadtrat Cumali Naz, Fachsprecher für Migration, verurteilt die Position aufs Schärfste: „Wenn das IZM propagiert, Gewalt sei ein legitimes Mittel zur Lösung von Ehekonflikten, widerspricht das fundamental den Werten unserer Gesellschaft. Aufrufe zu Gewalt haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.“

Für Laura Pöhler (Die Grünen – Rosa Liste) ist der „Aufruf“ zu Gewalt gegen Frauen „als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bewerten und muss in jedem Fall unbedingt geächtet werden“.

Aus Sicht von Evelyne Menges, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und integrationspolitischen Sprecherin

der CSU-Stadtfraktion, dürfen „Menschenverachtende und gewaltverherrlichende Inhalte nicht toleriert werden“. Deswegen ist es Menges zufolge „zwingend notwendig, dass die entsprechenden Passagen schnellstmöglich von der Internetseite verschwinden“: „Ich möchte nicht, dass gerade jüngere Menschen mit solchen Inhalten konfrontiert werden. Außerdem würde ich mir wünschen, dass dort stattdessen ein Text mit klarer inhaltlicher Distanzierung von jeglicher Form der Gewalt erscheint.“

Bisher ist auf der Internetseite des Islamischen Zentrums München noch gar nichts verschwunden. Punkt 10 der Anweisungen „Frau und Familie im Islam“ fordert immer noch das Schlagen bei Widerspenstigkeit. Eine Änderung dürfte auch weder im Sinne des Propheten noch Allahs sein.

Aufgrund der massiven Kritik überlegen die Islam-Funktionäre aber möglicherweise, ob es nicht besser sei, in den üblichen Taqiyya-Modus zurückzuschalten. So heißt es nun, dass man die Prügel-Inhalte auf der Internetseite „spätestens in zwei Wochen ändern“ wolle. Man darf gespannt sein, wie die Freimänner Mohammedaner dann die dem Islam vermutlich widersprechende Erklärung begründen werden. Die koraninfizierten Köpfe dürften hierzu bereits mächtig qualmen. Vielleicht holen sie sich ja auch Rat beim Täuschungs-Spezialisten Imam Idriz.

In jedem Fall müssen sie sich massivst verbiegen, denn dieses Islamische Zentrum in München-Freimann galt in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts als viertwichtigste Moschee im Islam und als das Zentrum der Muslimbrüder in Europa. Ian Johnson hat darüber das Buch „Die vierte Moschee“ geschrieben. Hier ging auch einer der Drahtzieher des ersten islamischen Terroranschlags auf das World Trade Center im Jahre 1993, Mahmud Abouhalima, ein und aus.

Stefan Meining hat in seinem Buch „Eine Moschee in

Deutschland“ beschrieben, wie sich dieser Koranbunker im Münchner Norden aus den Überresten des Nazi-Islam-Paktes formierte und später zum Zentrum der Muslimbrüder wurde:

Sie werden zur wichtigsten Filiale von Anhängern der Muslimbruderschaften im Westen und zur Schaltzentrale eines globalen Netzwerkes. Seit Jahrzehnten stehen immer wieder Personen aus diesem Netzwerk unter Terrorverdacht – bis hin zu den Anschlägen vom 11. September. In der islamischen Welt weiß man längst, welche Bedeutung die Moschee in München hat.

Im Juni 2012 produzierte der CBN-Reporter Erick Stakelbeck eine Reportagenserie über die Islamisierung Europas, wozu er in London, Brüssel, Köln und München filmte. Für die Folge „Inside the Muslim Brotherhood in the West“ besuchte er auch das Islamzentrum in München-Freimann, wohin ich ihn begleitete. Während unseres einstündigen Aufenthaltes dort gingen ausschließlich verschleierte Frauen und auch Mädchen in die Moschee, was in der Bilderserie des PI-NEWS-Artikels eindrucksvoll dokumentiert ist.

Die Bürgerbewegung Pax Europa wird jedenfalls alle Münchner Stadträte über die Fakten zur massiven Frauenunterdrückung im Islam und die Gefährlichkeit des Islamischen Zentrums München informieren. Keiner wird mehr sagen dürfen, er habe von nichts gewusst. Über den Prügel-Skandal im Islamischen Zentrum berichten unterdessen auch die Bild, dazu Bild Plus mit Informationen über die Zugehörigkeit der Münchner Moschee zur Muslimbruderschaft, der Focus, die tz, der Merkur, die WeLT, das Hamburger Abendblatt und der Westen.

Übrigens sieht die Staatsanwaltschaft München I auf Nachfrage des Bayerischen Rundfunks in der Schläge-Anweisung der Mohammedaner keine Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat:

Die Empfehlungen, die das Islamische Zentrum München auf seiner Internetseite zum Thema „Frau und Familie im Islam“

veröffentlicht habe, „muten teilweise befremdlich an, erfüllen jedoch keinen Straftatbestand“. Der juristische Grund: Hier werde nicht zur Begehung konkreter Straftaten aufgerufen, es liege keine Anstiftung zu konkreten Körperverletzungshandlungen vor. „Für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens war und ist daher kein Raum“, erläutert die Staatsanwaltschaft München I.

Zu weiteren subjektiven und tendenziösen Bewertungen durch Staatsanwaltschaften folgen in Kürze auf PI-NEWS empörende Meldungen. Deren häufig völlig einseitiges Verhalten ist in ihrer Weisungsgebundenheit begründet, die dem Missbrauch Tor und Tür sperrangelweit öffnet. Dies muss sich unbedingt ändern, sonst werden rechtskonservative islamkritische Patrioten niemals juristisch fair von den Staatsanwälten dieses Landes behandelt.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN:



München: Moslems beim „Beten“ und Fastenbrechen im Luitpoldpark

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am vergangenen Samstag führten etwa dreitausend Moslems ein „Fastenbrechen“ im Münchner Luitpoldpark durch. Mit demonstrativem öffentlichen „Beten“, lichtgeflutet in der Nacht, unter Mikrofonbeschallung und dem Anpreisen von Allah als dem größten Gott. Das Video der unheimlichen Szenerie (*oben*), aufgenommen von einem schockierten Münchner Bürger, erinnert an nächtliche Aufmärsche der National-Sozialisten, schließlich geht es in beiden Fällen auch um öffentliche Machtdemonstrationen. Unter den teilnehmenden mohammedanischen Organisationen waren die türkisch-nationalistischen Verbände „DITIB“ und „Islamische Gemeinschaft Millî Görüs“ sowie die mit den Muslimbrüdern verflochtenen „Islamic Relief“.

Organisiert wurde die islamische Landnahme vom Muslimrat München, flankiert vom Migrationsbeirat und unterstützt von der Interkulturellen Stelle des Sozialreferates der Landeshauptstadt München. Eine „feine“ Gesellschaft, in die sich die rotschwarze Stadtregierung da begibt, schließlich war Milli Görüs in der modern eingestellten Atatürk-Türkei wegen

extremistischer Tendenzen verboten, bis Erdogan dies nach seiner Machtübernahme aufhob. In Deutschland sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz bei dieser Organisation ein antidemokratisches Staatsverständnis und die Ablehnung westlicher Demokratien.

Der türkische Führer spricht seit Jahren davon, „den Islam siegreich nach Westen führen“, sieht die Türkei als „Weltmacht“, die „Europa mit der türkischen Kultur impfen“ solle, so dass der Kontinent „bald türkisch“ sein werde. Derart angeheizt, führt das bei manchem Anhänger zu begeisterten Visionen wie „Mein Führer, gib uns den Befehl und wir zerschlagen Deutschland“. Erdogan als kleiner Hitler, dessen Nazi-Deutschland er selber schon als Vorbild angegeben hat.

Funktionäre der türkischen Kolonisationsbehörde „DITIB“ sehen in Erdogan folglich ihren „Obersten Heerführer“, zu dem der DITIB-Nachwuchs hierzulande Pilgerfahrten veranstaltet. In der „Neuen Züricher Zeitung“ wird dieser Organisation die treffliche Bezeichnung „Parallelgesellschaftler“ zugeschrieben.

In der illustren Runde fundamentalistischer Verbände bei diesem öffentlichen Fastenbrechen ist auch „Islamic Relief“ vertreten, das vom Verfassungsschutz als Institution im Aktionsgeflecht der Muslimbruderschaft angesehen wird. Mittendrin statt nur dabei: Imam Bajrambejamin Idriz mit seinem „Münchener Forum für Islam“, eine der größten Spinnen im deutschen Islamisierung-Netz:



Die toleranzbesoffene Redakteurin Pia Ratzesberger von der Süddeutschen Zeitung freut sich über dieses in ihren Augen „offene“ Fest und zitiert aus der politischen Rede der bekopftuchten Seyma Yüksel, Mitglied im Vorstand des Muslimrates, die sich über vermeintlichen „Rassismus“ beklagt und vor „populistischen“ Parteien warnt, die bei der EU-Wahl erstarkten:

Sie sagt ins Mikrofon: „Wir haben ein Problem und das nennt sich Rassismus.“ Sie spricht von der Europawahl, von den Populisten und Nationalisten, die wieder ins Parlament eingezogen sind. Von der Diskriminierung bei der Suche nach einer Arbeit oder nach einer Wohnung. Der Muslimrat München biete von nun an ein Formular an, mit dem man jede Diskriminierung melden könne: „Denn jeder Vorfall, der nicht gemeldet wird, geht verloren.“ Und das sind viele. Das Formular gibt es jetzt erst online, doch schon in den vergangenen Wochen habe sie mehr als hundert Fälle gesammelt,

erzählt Yüksel nach ihrer Rede am Rande der Bühne. Vor allem Frauen mit Kopftuch werden angegangen, werden an Bushaltestellen beleidigt und geschubst, auf der Straße beschimpft. Wer ein Kopftuch trage, werde jeden Tag angepöbelt, manchmal mehrmals, sagt Seyma Yüksel. Auch deshalb ist das Fastenbrechen im Luitpoldpark so wichtig.

Angesichts dieser Schützenhilfe im politischen Kampf gegen AfD & Co unterstützt die dunkelrot-schwarz-regierte Stadt München diese Mohammedaner nach besten Kräften. Die islamische Landnahme wurde in diesem Ramadan auch in der Münchner Innenstadt vorgenommen, als am 26. Mai gut tausend Moslems die Sendlinger Straße besetzten. Imam Idriz postete ein Foto davon auf seiner Facebookseite:



In dem verlinkten Bericht über diese Veranstaltung ist auch ein aufschlussreiches Video zu sehen, wie die islamischen Gebetsrufe und die „Allahu akbar“-Bekennnisse durch die Münchner Innenstadt schallten:

<https://www.facebook.com/benjamin.idriz/videos/2741968619209065/>

Der jüdische CSU-Stadtrat Marian Offman wohnte dem

unheimlichen Geschehen als „Ehrengast“ bei und der SPD-Oberbürgermeister Reiter entsendete ein Grußwort:

Der Oberbürgermeister entsandte Stadträtin Schönfeld-Knor (SPD) für ein Grußwort. Marian Offman (CSU-Stadtrat und Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde) war ebenso unter den Ehrengästen wie der Vertreter des Generalkonsulats der USA in München und Rechtsanwalt Hildebrecht Braun. Noch mehr christliche und jüdische Gäste speisten zusammen mit Münchens Muslimen. Und ganz spontan setzten sich Passanten mit dazu, die gerade aus der Oper kamen oder den schönen Abend noch im Freien genießen wollten und nicht ahnten, dass er mit interessanten und gewinnbringenden, teilweise noch langen Gesprächen mit ganz normalen Muslimen enden würde. Also mit Menschen, die mit dem, was die Medien tagtäglich über den Missbrauch von Islam berichten, nichts, aber wirklich gar nichts zu tun haben.

Am 3. Juni dröhnten die Allahu-Rufe sogar durch das Alte Münchner Rathaus, wie Imam Idriz auf seiner Facebookseite, neben einem Foto von sich und „Der-Islam-gehört-zu-Deutschland“-Kanzlerin Merkel, stolz zeigt:



Idriz filmte diese gespenstische Szenerie selber. Schaurig, wie die lauten Huldigungen an Allah in dem Saal widerhallen.

Die etablierte Politik hofiert den Politischen Islam, wo es nur geht. So dokumentiert Idriz auch den Besuch des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Dr. Markus Kerber, den er als „Architekt der Deutschen Islamkonferenz“ bezeichnet, am 31. Mai in seiner Penzberger Moschee:



Der totalitäre Politische Islam nutzt die vom linken Mainstream der westlichen freien Gesellschaften propagierten Begriffe „Toleranz“, „Willkommenskultur“, „Vielfalt“, „Teilhabe“ und „Religionsfreiheit“ knallhart aus, um sich damit auszubreiten und schleichend in Mehrheitspositionen zu kommen. Bis Moslems dann schließlich zur alleinigen Machtergreifung schreiten können, die ihnen ihre „Religion“ zwingend vorschreibt.

Deutschland gerät wie 1933 in den Würgegriff einer faschistischen Ideologie und erneut bekommt nur eine Minderheit mit, was vor sich geht. Wenn die Katastrophe hereinbricht, werden auch wieder viele sagen, dass sie „von nichts gewusst“ hätten. Geschichte kann sich in ähnlicher Form wiederholen, muss aber nicht. Wenn sich all die Menschen, die

die Fakten kennen, jetzt kompromisslos und intensiv um Aufklärung der noch weitestgehend ahnungslosen Mehrheitsgesellschaft bemühen, kann die Apokalypse dieses Mal noch aufgehalten werden.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



Henryk M. Broder: „Deutschland ist ein Irrenhaus!“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Henryk M. Broder lieferte bei der Podiumsdiskussion „Islamischer Antisemitismus“ am 13. Februar 2019 in Wien viele auf den Punkt gebrachte Aussagen, die von den 700 Zuschauern im randvoll gefüllten Kursalon mit großem Applaus bedacht wurden. Er ließ sich auch durch die teils provozierenden, teils vor naiver Unwissenheit über den Islam nur so strotzenden Fragen des Moderators Rainer Nowak nicht aus der Ruhe bringen. Der Chefredakteur und Herausgeber der österreichischen Zeitung „Die Presse“ disqualifizierte sich bereits mit seiner ersten Frageformulierung zu Broders Umarmung durch die AfD-Fraktionssprecherin Alice Weidel (*Video oben*).

Die oft heftiges Kopfschütteln auslösende Diskussionsmoderation Nowaks führte wieder einmal deutlich vor Augen, wie weit die politkorrekte linksliberale Medienlandschaft von den Fakten zum Islam entfernt ist und wie immer wieder geradezu krampfhaft versucht wird, diese in weiten Teilen totalitäre Ideologie in Schutz zu nehmen.

Broder stellte klar, dass es das Problem der Islamisierung gebe, auch wenn die Zahl der Moslems an den Gesellschaften Österreichs und Deutschlands noch nicht die zehn Prozent überschritten hat. Denn der Islam würde trotzdem die gesellschaftliche Diskussion beherrschen, beispielsweise durch die Existenz einer Islamkonferenz, die in Deutschland vom Innenministerium geleitet wird. Dies würde bereits kennzeichnen, wie groß die Probleme seien.

So komme auch der Motor des heutigen Antisemitismus von moslemischen Arabern und höre auf den Namen Islam. Broder nahm

sich Kulturrelativierer wie den Kardinal Reinhard Marx vor die Brust, der die Bezeichnung „christliches Abendland“ ablehnt, da es andere ausgrenze. Dies entsetze sogar ihn als säkularen Juden, denn damit würde ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Identität aufgegeben. Zudem werde der Minimalkonsens dessen, was gemacht werden dürfe und was nicht, in Mitteleuropa verschwinden. Es finde eine Entgrenzung auf allen Gebieten statt. Die Aufhebung geographischer Grenzen habe auch zu einer Aufhebung mentaler Grenzen geführt. Deutschland sei ein Irrenhaus, und wenn man es überdachen könnte, wäre es eine geschlossene Anstalt.

Ein Land, das nicht in der Lage sei, einen Flughafen zu bauen, werde auch nicht in der Lage sein, die Migration vorauszuberechnen. Damit sei man völlig überfordert, und so komme jetzt der Anfang einer Lawine, die noch das Schlimmste für uns verspreche.

Auf Toleranz gegenüber dem Islam angesprochen meinte Broder, dass er intolerant sei, da es keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben könne. Er stellte in dem Zusammenhang auch die Frage, wie die islamische Welt mit ihren Dissidenten umgehe, beispielsweise mit Salman Rushdie, Ayaan Hirsi Ali und seinem Freund Hamed Abdel-Samad. Habe es irgendwo eine Massendemo gegen die Todesfatwa zu Rushdie gegeben, ein Asylangebot einer moslemischen Gemeinde für die ebenfalls mit dem Tod bedrohte Ali oder eine massive Distanzierung von der Ermordung Theo van Goghs? Nein, aber er habe es selber erlebt, dass moslemische Zirkel die Ermordung von Goghs gut fanden.

Es gebe im Islam keine Tradition des Widerwortes und des Widerstandes, dafür aber eine Kultur der Gewalt. Der Islam sei nicht die Religion, die den runden Tisch und den Dialog auf Augenhöhe erfunden habe. Es gebe zwar aufgeklärte Moslems, die gute Kritik an islamischen Sitten und Gebräuchen übten, aber sie riskierten dabei ihr Leben.